

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mf.

Schriftleitung: Wlff. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.

Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 9 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Neuba — Bantverein Aachen.

Nr 96

Donnerstag, den 16. August 1928

41. Jahrgang

## Protesten.

Der englische General Wilson, der als militärischer Sachverständiger 1919 an den Beratungen zur Abfassung der Versailles Friedensbestimmungen teilnahm, erzählt in seinem kürzlich erschienenen Buch, daß man der deutschen Delegation diese Bestimmungen überreicht habe, ohne daß der amerikanische Präsident Wilson, ohne daß Lloyd George oder Sonnino auch nur die geringste Abmahnung gehabt hätten von dem, was in dem Buch eigenen dringlich; niemand hätte es durchgesehen. Infolgedessen ist es weiter nicht verwunderlich, wenn diese Bestimmungen Zustände herbeiführen, die geradezu grotesk anmuten. So darf z. B. im besetzten Gebiet kein Neubau im Betriebe der Reichsbahn, ja auch keine Wiedereinrichtung oder kein Wiederaufbau erfolgen ohne die Genehmigung der Besatzungsbehörden. Es ist natürlich französisch verboten, ein irgendeinem dortigen Bahnhof Laderampen anzubringen; dadurch würde die Sicherheit nicht bloß der Besatzungsgruppen, sondern auch die Frankreichs auf das durchgehende „bedroht“ werden, weil ja die bösen Deutschen diese Laderampe auch zur Auswanderung von Truppen benutzen könnten.

Das Groteske jener Bestimmungen scheint aber immer noch nicht genügend in das Bewußtsein der Besatzungsbehörden eingedrungen zu sein und wird gerade in seinen lächerlichen Auswüchsen sogar von der Besatzungskonferenz teilweise gebilligt. Man darf sich jetzt verheißeln, daß ein Del mit dem Besatzungsbehörden darüber, den Bahnhof ihrer Eisenbahnstation Müllersheim zu erweitern, da er den geforderten Anforderungen in keiner Weise mehr genügt. Die Besatzungsbehörde verbietet es und der Abwehr der Firma an die Besatzungskonferenz ist ebenfalls geboten. Man darf sich jetzt verheißeln, daß ein Del mit Müllersheim auf die gegenwärtige allgemeine Situation im besetzten Gebiete eine Entscheidung über die Genehmigung des Bahnhofsneubaus vorläufig hinausgeschoben wird. Man ist natürlich in Paris nicht so leicht zu glücken, daß die Besatzungsbehörden in Frankreichs aufständisch sind, was jetzt verheißeln, daß ein Del mit Müllersheim auf die gegenwärtige allgemeine Situation im besetzten Gebiete eine Entscheidung über die Genehmigung des Bahnhofsneubaus vorläufig hinausgeschoben wird. Man ist natürlich in Paris nicht so leicht zu glücken, daß die Besatzungsbehörden in Frankreichs aufständisch sind, was jetzt verheißeln, daß ein Del mit Müllersheim auf die gegenwärtige allgemeine Situation im besetzten Gebiete eine Entscheidung über die Genehmigung des Bahnhofsneubaus vorläufig hinausgeschoben wird.

Es ist überhaupt wieder einmal auffallend, wie im Rheinland und im Westfalen gewisse eigenartige Kriegserklärungen, Zusammenkünfte zwischen der Besatzung und der Zivilbevölkerung haben viel böses Blut erregt und sie werden nicht abreißen, solange noch die fremden Truppen auf deutschem Boden stehen. Das meiste kommt ja gar nicht an das Licht der Öffentlichkeit, das erklärt man nur so nebenbei im Gespräch, wie die Betroffenen über das Verhalten der Besatzungsbehörden fürchten. Wenig ist davon zu hören, daß die Besatzungsgruppen, wie von französischer Seite verheißelt wird, soziallagen hinter die Kulissen zurückgezogen wurden, und die gemeinamen die übernahmenerweise jetzt von den Franzosen und einem englischen Kavallerieregiment veranfaßt werden, haben ihre politischen Forderungen sogar bis in die englische Öffentlichkeit hinein schlingen lassen. So etwas war nämlich bisher noch nie gesehen und — ist auch politisch zu bewerten.

Dazu kommt die Vorgänge, aber auch die Nachwirkungen des Antimilitarismus, Antimilitarismus, im Haag, wo der Vertreter der offiziellen französischen Sozialdemokratie über die schreckliche und bedingungslose Räumung des Rheinlandes eine uns Deutsche im allgemeinen befriedigende Erklärung abgab. Nur wird diese Erklärung jetzt sofort entkräftet durch den bekannten französischen Sozialisten Paul Boncour, der in aller Öffentlichkeit gegen die förmliche und bedingungslose Räumung des Rheinlandes auftritt und erklärt, daß seine ganze Politik von jeder der Organisierung einer wirksamen Militärkontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandszone genossen habe; er wird in der Danksagung selb die Voraussetzung dafür, daß die alliierten Truppen zurückgezogen werden. Ein solches Vorgehen ist für die französischen Sozialisten, deren offizieller Führer Leon Blum ist, nicht in der Pariser Regierung; die Wirkung, die trotzdem ihre offizielle Erklärung auf den Haager Kongress ausüben könnte, wird nun durch diese Ausführungen Paul-Boncours einfach aufgehoben und bleibt auch auf die Zukunft hinaus wertlos, als ob dieser Mann mit Genehmigung seiner Partei Vertreter Frankreichs beim Weltkongress und außerdem noch Vorsitzender in der Armeekommission der Französischen Deputiertenkammer bleibt. Die deutsche Öffentlichkeit ist nicht darüber unterrichtet, ob die Meldung wahr ist, daß die letzte Regierung in der Frage der Rheinandrängung ihre Forderungen aufgegeben hat; es aber, der gerade jetzt sich Gegenüberungen in Paris, Rom und London geradezu drängen, die dahin gehen, daß diese Räumung nur auf Grund der bekannten Gegenpositionen Deutschlands erfolgen sollen, als jener Forderungen Paul-Boncours, und daß außerdem das Verlangen nach einem Dis-Vertrag erfüllt werden.

Man kann an all' dies zusammen, jene sich häufigen Zwischenfälle im besetzten Gebiete, diese abweichenden Gerüchten der beteiligten Regierungen, so muß man bedauerlicherweise feststellen, daß wir in der Frage der Rheinandrängung auch in den letzten Monaten nicht

vorwärtsgelommen sind und Deutschland, auch das besetzte Gebiet, sich wohl damit abfinden muß, die fremden Truppen von seinem Boden erst loszuwerden, wenn die Räumungszeitnahe fällt. Ein weiteres Ärgernis durch Konzeptionen gemäß den französischen Anforderungen zu erkaufen, liegt keine Veranlassung vor, und die heutigen Nachteile, die durch unsere Weigerung hervorgerufen werden, wird das besetzte Gebiet zu ertragen wissen, genau so, wie es geradezu vorbildlich alles ertragen hat, was der Versailles Vertrag über das Rheinland verhängte.

Angesichts des allgemeinen Aufstehens, das die Teilnahme eines englischen Kavallerieregiments an den französischen Rheinlandmandanten erregt hat, erklärt die Londoner Regierung offiziell, es handle sich um gewöhnliche Mann in gelegentlicher Uniform, die sich auf die Mobilisierung beschränken. Die Annahme der Einbringung der Teilnahme sei ein Akt der Höflichkeit gewesen und bide ein Beispiel für die kameradschaftlichen Gefühle, die in den Armeen der beiden Mächte seit Ausbruch des großen Krieges entstanden seien.

## Warum der Kreuzer gebaut wird.

Eine offizielle Erklärung.

Der einmütig gefasste Beschluß des Reichskabinetts, den vielmittlerten Bau des Panzerkreuzers A nuncmehr beginnen zu lassen, nachdem das Verlangen des Reichstages, eine Nachprüfung der finanziellen Möglichkeiten vorzunehmen, vor dem 1. September erfüllt war, hat lebhaften Widerspruch in der Reichspresse aller Richtungen hervorgerufen. Besonders kritischer auch ein Teil der sozialdemokratischen Zeitungen das Verhalten der ihnen nahestehenden Minister. Diese hätten vor die Wahl geradezu die Ablehnung des Kreuzers zu einer Parole für die Wähler gemacht und hätten nach dem Amtsantritt die Verantwortung für den Bau mit überhoben. Die Rheinische Zeitung befürchtet, die sozialdemokratischen Minister ständen diesmal in der Parole fest und würden wenig Verständnis finden.

Aus Hamburg kam ein Protest der Jungdemokraten gegen den Kabinettsbeschluss, den die Demokraten und ihre Minister nicht haben dürfen, ohne die Ehrlichkeit des gefassten Beschlusses nachträglich zu gefährden. Die tatsächlichen Sozialdemokraten verlangen sofortigen Zusammenritt der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses, um zur Lage und den von einigen geforderten Militärs der sozialdemokratischen Minister Stellung zu nehmen. Die Rheinische Zeitung befürchtet, die sozialdemokratischen Minister ständen diesmal in der Parole fest und würden wenig Verständnis finden.

In der dem Bau sympathischer gegenüberstehenden bürgerlichen und Reichspresse wird im Gegenteil der Kabinettsbeschluss begrüßt, auch vereinzelt darauf hingewiesen, daß er den Grund zum Bau auch der übrigen geplanten Panzerschiffe lege.

## Das Kabinetts äußert sich.

Angesichts dieser ungewissenhaften Diskussionen in der Öffentlichkeit gibt die Reichsregierung bekanntlich ihre Auffassung des Falles bekannt. Es heißt darin:

In einem Teil der Presse wird der Beschluß des Reichskabinetts hinsichtlich des Panzerschiffes dahin ausgelegt, daß sich namentlich hinsichtlich der Reichsfinanzverwaltung der sozialdemokratischen Fraktion, von der Notwendigkeit des Kriegsschiffbaues überzeugt und daß der Auftrag zum Bau des Panzerschiffes A selbstverständlich auch die Berechtigung zum Bau der Schiffe B, C und D in sich schließt. Diese Schlussfolgerungen sind falsch.

Nichtig ist folgendes: Die Frage des Baues oder Nichtbaues des Panzerschiffes A war bereits mit der Verabschiedung des Reichshaushalts für das Reichsjahr 1928 und Reichstag vollzogen. Der Reichstag hätte es durchaus in der Hand gehabt, den positiven Beschluß zu verhindern. Hätte er nämlich Einspruch eingelegt, so wäre die dann erforderliche Wahrscheinlichkeit nicht erzielt worden. Einen solchen Einspruch hat aber der Reichstag bekanntlich nicht eingelegt, sondern lediglich eine von Breuninger vorgeschlagene Entschließung angenommen, die die Billigung des Reichskabinetts enthält.

Diese Entschließung enthält lediglich eine nachmalige finanzielle Nachprüfung der Möglichkeit des Baues und sah deshalb ferner vor, daß bis nach Abschluß dieser Prüfung ebenfalls bis zum 1. September d. J. der Bau nicht in Angriff genommen werden solle. Auch sollten jene Lieferungsverträge abgeschlossen werden, um zu verhindern, daß infolge einer etwa notwendig werdenden Einziehung der Ausgaben der Wehrbau vorläufig eingestellt werde. Dagegen hat die Entschließung ausdrücklich vor, daß die letzten Konstruktionsarbeiten weitergeführt werden sollten.

Es handelte sich in den letzten Wochen für die Reichsregierung und das Reichskabinetts aber lediglich um die Ausföhrung dieser Entschlüsse. Die finanziellen Möglichkeiten sind auf das

100prozentige nachgeprüft worden. Die Nachprüfung hat ergeben, daß Schwierigkeiten für den laufenden Etat 1928 durch die Bauarbeiten für das Panzerschiff nicht entstehen. Hinsichtlich der fünfjährigen Jahre ist auf Grund der Prüfungen und auf den eigenen Vorschlag des Reichswehrministers vom Kabinetts beschloß worden, daß Erlaubungen der Marine unter allen Umständen im Interesse der Höhe des letzten Etatsrestes ausbezahlt werden dürfen. Nach alledem kann also nur eine Rede davon sein, daß irgendein Kabinettsmitglied in der Notwendigkeit verbleibt worden ist, einen materiellen Standpunkt in der Panzerschifffrage aufzugeben.

## Neuregelung der Krisenunterstützung.

Am 20. August.  
Vor seinem Aussetzendergehen hat der Reichstag eine Entschließung angenommen, in der er die Reichsregierung ersucht, gewisse Verbesserungen auf dem Gebiete der Krisenunterstützung einzuführen. Der Reichswehrminister hat nuncmehr die nötigen Anordnungen dazu erlassen.

Der Kreis der Personen, die zur Krisenunterstützung zugelassen sind, war bisher im wesentlichen beschränkt auf die Arbeitslosen bestimmter Berufsgruppen. Zu diesen Berufsgruppen tritt nuncmehr noch die Glasindustrie sowie das Bühnenpersonal der Theater und Schiffbauunternehmungen hinzu. In- und angelernte Arbeiter werden hinsichtlich Krisenunterstützung erhalten, ohne daß es einer besonderen Zulassung durch das Landesarbeitsamt bedarf. Die Landesarbeitsämter sind verpflichtet, für Angehörige des Spinnstoffgewerbes zur Krisenunterstützung zuzulassen, soweit ein Bedürfnis dazu besteht.

Die Fortsetzung der Landesarbeitsämter dürfen ferner die Krisenunterstützung auf weitere Berufsgruppen für Gemeinden mit nicht mehr als 25 000 Einwohner ausdehnen, in denen infolge außergewöhnlicher Ereignisse oder Umstände ein langanhaltender dauernder Notstand auf dem Arbeitsmarkt besteht. Für größere Gemeinden behält sich der Reichswehrminister vor, entsprechende Maßnahmen selbst zu treffen.

Die Höchstbestanddauer der Krisenunterstützung betrug bisher grundsätzlich 26 Wochen, jedoch für Arbeitslose, die das 40 Lebensjahr überschritten haben, ausnahmsweise 30 Wochen. Die Höchstbestanddauer verlängert für diese älteren Angehörigen die Höchstbestanddauer nuncmehr auf 52 Wochen. Hinsichtlich der Arbeitslosen unter 40 Jahren hatte der Reichstag den Wunsch ausgesprochen, die Unterhaltungsdauer von 26 auf 30 Wochen auszuheben. Das Reichskabinetts hat grundsätzlich beschlossen, dieser Forderung nachzukommen. Die Frage, zu welchem Zeitpunkt eine solche Maßnahme in Kraft treten soll, ist aber noch im Kabinetts anhängig.

## Erweiterung der Krankenversicherungspflicht.

Auch freie Berufe einbezogen.

Nach dem kürzlichen Kabinettsbeschluss ist das Reichswehrministerium gegenwärtig mit der Ausarbeitung einer Verordnung beschäftigt, die sich auf die Versicherungsgebiete für die Ortskrankenkassenpflichtigen bezieht. Der Zweck der Verordnung ist, die Versicherungsgebiete für die Ortskrankenkassenpflichtigen zu erhöhen; ferner sollen auch Angehörige freier Berufe, die bisher nicht der Krankenversicherungspflicht unterliegen, in die Versicherungsgebiete einbezogen werden. Die Vorarbeiten für die neue Verordnung sind bereits so weit gediehen, daß die Festsetzung der Versicherungsgebiete innerhalb der nächsten Tage erfolgen dürfte. Darauf wird der endgültige Wortlaut der Verordnung festgelegt und veröffentlicht werden.

## Lagung der deutschen Innungs-Krankenkassen.

Der Verband der deutschen Innungs-Krankenkassen hielt seine Verbandstagung in Nürnberg ab. Der Geschäftsführer des Verbandes, Dr. Heinrich-Schneider, sprach über die Frage der Rationalisierung der Krankenkassen. Die Innungs-Krankenkassen hatten im allgemeinen 1 bis 2 Prozent billiger Beiträge als die Ortskrankenkassen und mindere gleichwertige Leistungen anzubieten. Die Innungs-Krankenkassen stellen deshalb die Forderung auf eine gesunde Rationalisierung der reichsweiten Krankenkassenversicherung, und zwar durch berufsbündliche Bindung.

## Nächtliche Luftkämpfe über London.

Ein großer Teil Londons zerstört.

Wie schon in vergangenen Jahren, so hat auch jetzt die englische Heeresverwaltung bei den Luftmanövern, die kurzzeitig stattfanden, einen markierten Luftangriff auf London veranlassen lassen, um zu prüfen, ob die englische Hauptstadt durch ihre Verteidigungsmaßnahmen gegen Luftangriffe geschützt ist. Kriegsmäßig fand der Angriff in sehr großer Höhe, und zwar in der Nacht fast 20 Bombenflüge großer Artillerie stellten die feindliche Luftflotte dar, während etwa die gleiche Anzahl von Kampfflugzeugen und natürlich die gesamte artillerische Luftabwehr die Verteidigung zu führen hatte.

Wie schon bei den letzten Übungen erfolgte auch diesmal die Entscheidung der Schießrichtlinie dahin, daß es dem Angreifer vor großer Verluste durch die Luftabwehr gelungen sei, mit dem Rest der Bombenflieger die Artillerie und die Verteidigungsflugzeuge zu überwinden und einen großen Teil ihrer Bomben auf wichtigste Ziele der englischen Hauptstadt abzuladen. Auch jetzt wird die Regierung mit dem dahinterstehenden Ziel, für die Verstärkung der englischen Luftflotte zu wirken, viel Erfolg gehabt haben.















# Nebringer

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Krosleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Krosleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Krosleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Wernitz.

Nr 96

Donnerstag, den 16. August 1928

41. Jahrgang

## Grotesken.

Der englische General Wilson, der als militärischer Sachverständiger 1918 an den Verhandlungen zur Abfassung der Versailler Friedensbestimmungen teilnahm, erzählt in seinem kürzlich erschienenen Buch, daß man der deutschen Delegation diese Bestimmungen überreicht habe, ohne daß der amerikanische Präsident Wilson, ohne daß Lloyd George oder Sonnino auch nur die geringste Abmahnung gehabt hätten von dem, was in dem Buch eigenen Wortlauts; niemand hatte es durchgesehen. Zufolgedessen ist es weiter nicht vermerkt, wenn diese Bestimmungen in Zukunft herbeizuführen, die geradezu grotesk sind. So darf z. B. im besetzten Gebiet kein Neubau im Betriebe der Reichsbahn, ja auch keine Wegeveränderung oder kein Brückenbau erfolgen ohne die Genehmigung der Besatzungsbehörden. Es ist natürlich strengstens verboten, an irgendeinem dortigen Bahnhof Sabotageakte anzubringen; dadurch würde die Sicherheit nicht bloß der Besatzungsgruppen, sondern auch die Frankreichs auf das höchste „bedroht“ werden, weil ja die bösen Deutschen diese Sabotage auch zur Verwundung der Truppen benutzen könnten!

Das Groteske jener Bestimmungen scheint aber immer noch nicht genügend in das Bewußtsein der Besatzungsbehörden eingedrungen zu sein und wird gerade in seinen fieseln Umständen sogar von der Postinspektoren teilweise gebildet. In Frankreich werden die Zirkel mit dem Besatzungsbescheid darüber, den Bahnhof ihrer Eisenbahnstationen zu erweitern, da er den gesteigerten Anforderungen in seiner Weise mehr geeignet. Die Besatzungsbehörde verbietet es und der Appell der Firma an die Postinspektoren ist ebenfalls vergeblich geblieben; die Postinspektoren sind jetzt verblüfft, daß „mit Rücksicht auf die allgemeine öffentliche Situation im besetzten Gebiet“ eine Entscheidung über die Genehmigung des Bahnhofsbaus vorläufig hinausgeschoben wird. Was ist natürlich in Paris nicht so leicht zu glauben, daß die Sicherheit der Besatzungsgruppen, die man dabei vor Augen hat, nicht durch diesen Antrag bedroht wird; aber man hat ja in Versailles Vertrag und den noch viel „heftigeren“ Rheinabkommungen auch wunderliche wirtschaftliche Kampfmittel erhalten. Man muß also einfach auf die Vermutung kommen, daß gewisse einflussreiche Kreise in Frankreich außerordentlich viel daran liegen, der Firma, die den Betrieb einzuführen, und infolgedessen wird es sich nicht vermeiden lassen, daß entsprechende Vermutungen deutscherseits auch ausgesprochen werden.

Es ist überhaupt wieder einmal allerhand los im Rheinland und im besetzten Gebiet. Gewisse eigenartige Kriegsgeschäftsartikler, Unternehmensführer der Besatzung und der Zivilbevölkerung haben viel böses Blut erregt und sie werden nicht abreißen, solange noch die fremden Truppen auf deutschem Boden stehen. Das meiste kommt ja gar nicht an das Licht der Öffentlichkeit, das erklärt man unter je mehr im Geheimen, um die Betroffenen überdes noch Schlimmeren der Besatzungsbehörden fürchten. Wenig ist davon zu hören, daß die Besatzungsgruppen, wie von französischer Seite berichtet wird, losjagen hinter die Kulissen zurückgezogen wurden, und die gemeinsamen Wachen, die überläuferbeweise sind von den Besatzungen seiner Partei. Der Frontregiment veranlaßt werden, haben ihre polizeilichen Folgen sogar bis in die englische Öffentlichkeit hinein schlingen lassen. So etwas war nämlich bisher noch nie geschehen und — ist auch politisch zu bewerten.

Dazu kommen die Vorfälle, aber auch die Nachwirkungen des Frontregiment und einen gewissen Schaden zu tun, wo der Vertreter der offiziellen französischen Sozialdemokratie über die schreckliche und bedingungslose Räumung des Rheinlandes eine uns Deutsche im allgemeinen befriedigende Erklärung abgab. Nur wird diese Erklärung jetzt sofort entkräftet durch den bekannten französischen Sozialisten Paul Boncour, der in aller Öffentlichkeit gegen die sofortige und bedingungslose Räumung des Rheinlandes auftritt und erklärt, daß seine ganze Politik von jeder der Organisierung einer wirksamen Militärkontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandszone gegolten habe; er ist der Meinung, daß die Voraussetzung dafür, daß die alliierten Truppen zurückgezogen werden, nur darin besteht, daß die französischen Sozialisten, deren offizieller Führer Leon Blum ist, nicht in der Pariser Regierung; die Wirkung, die trotzdem ihre offizielle Erklärung auf den Saager Kongress ausüben könnte, wird nun durch diese Ausführungen Paul Boncours einfach aufgehoben und bleibt augenscheinlich und solange wertlos, als dieser Mann mit Genehmigung seiner Partei Vertreter der Frontregiment beim Völkerverbund und außerdem noch Vorsitzender in der Armee-Kommission der Französischen Deputiertenkammer bleibt. Die deutsche Öffentlichkeit ist nicht darüber unterrichtet, ob die Meinung wahr ist, daß die letzte Regierung in der Frage der Rheinlandräumung ihre Forderungen ausgedrückt hat, auf das, was sie als Bedingung für sich Gegenüberungen in Paris, Rom und London geradezu drängen, die dahin gehen, daß diese Räumung nur auf Grund der bekannten Gegenanforderungen Deutschlands erfolgen sollen, also jener Forderungen Paul Boncours, und daß außerdem das Verlangen nach einem Dispositiv erfüllt wird.

Nimmt man all dies zusammen, jene fast häßlichen Zwischenfälle im besetzten Gebiet, diese abweichenden Ansichten der beteiligten Regierungen, so muß man bedauerlicherweise feststellen, daß wir in der Frage der Rheinlandräumung auch in den letzten Monaten nicht

vorwärtsgewonnen sind und Deutschland, auch das besetzte Gebiet, sich wohl damit abfinden muß, die fremden Truppen von seinem Boden erst loszuwerden, wenn die Räumungsanträge erfüllt sind. Ein früheres Vordringen durch Konzeptionen gemäß den französischen Anforderungen zu erlangen, liegt keine Veranlassung vor, und die heutigen Nachrichten, die durch unsere Weigerung hervorgerufen werden, wird das besetzte Gebiet zu ertragen wissen, genau so, wie es geradezu vorläufig alles ertragen hat, was der Versailler Vertrag über das Rheinland verhängt.

Angeht es das allgemeine Aussehen, das die Teilnahme eines englischen Kavallerieregiments an den französischen Rheinlandsmärschen erregt hat, erklärt die Londoner Regierung offiziell, es handle sich um gewöhnliche Manöver in begrenztem Umfang, die sich auf die Kavallerie beschränken. Die Annahme der Einladung zur Teilnahme sei ein Akt der Höflichkeit gewesen und bilde ein Beispiel für die kameradschaftlichen Gesühle, die in den Armeen der beiden Mächte seit Ausbruch des großen Krieges entstanden seien.

## Warum der Kreuzer gebaut wird.

Eine offiziöse Erklärung.

Der einmütige gefasste Beschluß des Reichstages, den vielmehreren Bau des Panzerkreuzers A Nummer beginnen zu lassen, nachdem das Verlangen des Reichstages, eine Nachprüfung der finanziellen Möglichkeiten vorzunehmen, vor dem 1. September erfüllt war, hat lebhaftes Aufsehen erregt in der Parteipresse aller Richtungen hervorgerufen. Besonders tritterte auch ein Teil der sozialdemokratischen Zeitungen das Verhalten der ihnen nachstehenden Minister. Die hätten vor der Wahl geradezu die Ablehnung des Kreuzers zu einer Parole für die Wähler gemacht und hätten nach dem Amtsantritt genau die entgegengesetzte Haltung mit der Genehmigung des Kreuzers eingenommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion behauptet, bei der entscheidenden Beratung hätten die Minister der Deutschen Volkspartei und des Zentrums mit der Forderung des Reichstages abgestimmt, wenn die sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht die Verantwortung für den Bau mit übernommen. Die Reichstagsfraktion befürchtet, die sozialdemokratischen Minister ständen diesmal in der Partei sehr isoliert und würden wenig Verständnis finden.

Nun Hamburg kam ein Protest der Jungdemokraten gegen den Reichstagsbeschluß, den die Demokraten und ihre Minister nicht haben dürfen, ohne die Öffentlichkeit des gefassten Wahlkampfes nachträglich zu gefährden. Die jüngsten Sozialdemokraten verlangen sofortigen Zusammenritt der Reichstagsfraktion und des Reichstagesausschusses, um zur Lage und dem evtl. von einigen geforderten Rücktritt der sozialdemokratischen Minister Stellung zu nehmen. Die Deutsche Friedensgesellschaft erklärt eine Erklärung gegen den Beschluß, den Bau des Panzerkreuzers zu beginnen. Im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion hat der Abgeordnete Stöcker die sofortige Entbindung des Reichstages zur Beratung einer von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Interpellation wegen des Baues des Panzerkreuzers A verlangt.

Zu der dem Bau sympathisch gegenüberstehenden bürgerlichen und Reichspresse wird im Gegenteil der staatsrechtlich begründet, auch verzweigt darauf hingewiesen, daß er den Grund zum Bau auch der übrigen geplanten Panzerkreuzer liegt.

## Das Kabinett äußert sich.

Die Diskussion um den Bau des Panzerkreuzers A hat sich in der Reichstagsfraktion und in der Reichspresse zu einem lebhaften Streit entwickelt. Die Reichstagsfraktion hat sich in der Reichstagsfraktion und in der Reichspresse zu einem lebhaften Streit entwickelt. Die Reichstagsfraktion hat sich in der Reichstagsfraktion und in der Reichspresse zu einem lebhaften Streit entwickelt.

Die Reichstagsfraktion hat sich in der Reichstagsfraktion und in der Reichspresse zu einem lebhaften Streit entwickelt. Die Reichstagsfraktion hat sich in der Reichstagsfraktion und in der Reichspresse zu einem lebhaften Streit entwickelt. Die Reichstagsfraktion hat sich in der Reichstagsfraktion und in der Reichspresse zu einem lebhaften Streit entwickelt.

vorläufige nachgeprüft worden. Die Nachprüfung hat ergeben, daß Schwierigkeiten für den laufenden Etat 1928 durch die erste Baureihe für das Panzerkreuzer nicht entstehen. Hinsichtlich der künftigen Jahre ist auf Grund der Bestimmungen und auf den eigenen Vorschlag des Reichswehrministeriums vom Kabinett festgesetzt worden, daß Ersatzbauten der Marine unter allen Umständen nur innerhalb der Höhe des letzten Marineetat's auszuführen sind. Nach allem kann also gar keine Rede davon sein, daß irgendein Staatskredit in der Notwendigkeit besteht, weil, seinen materiellen Standpunkt in der Panzerkreuzerfrage auszugehen.

## Neuregelung der Krisenunterstützung.

Ab 20. August.

Vor seinem Auseinandergehen hat der Reichstag eine Entschlossenheit angenommen, in der er die Reichsregierung ersucht, gewisse Verbesserungen auf dem Gebiete der Krisenunterstützung einzuführen. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr die nötigen Anordnungen dazu erlassen.

Der Kreis der Personen, die zur Krisenunterstützung zugelassen sind, war bisher im wesentlichen beschränkt auf die Arbeitlosen bestimmter Berufsgruppen. Zu diesen Berufsgruppen tritt nunmehr noch die Glasindustrie sowie das Bühnenpersonal der Theater und Schiffsplattenerwerbungen hinzu. In und an anderer Fabrikarbeiter werden künftig Krisenunterstützung erhalten, ohne daß es einer besonderen Zulassung durch das Landesarbeitsamt bedürfte. Die Landesarbeitsämter sind nunmehr ermächtigt, auch Angehörige des Zivildienstes zur Krisenunterstützung zuzulassen, soweit ein Bedürfnis dazu besteht.

Die Vorschriften der Landesarbeitsämter dürfen ferner die Krisenunterstützung auf weitere Berufsgruppen für Gemeinden mit nicht mehr als 25.000 Einwohnern ausdehnen, in denen infolge außergewöhnlicher Ereignisse oder Umstände ein langanhaltender schwerer Zustand auf dem Arbeitsmarkt besteht. Für größere Gemeinden behält sich der Reichsarbeitsminister vor, entsprechende Maßnahmen selbst zu treffen.

Die Höchstleistungsdauer der Krisenunterstützung betrug bisher grundsätzlich 24 Wochen, jedoch für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, ausnahmsweise 30 Wochen. Der Reichsarbeitsminister verlängert für diese älteren Angehörigen die Höchstleistungsdauer nunmehr auf 32 Wochen. Hinsichtlich der Arbeitslosen, die 40 Jahre hatte der Reichstag den Wunsch ausgedrückt, die Unterstützungsdauer von 20 auf 30 Wochen auszuweiten. Das Reichskabinett hat grundsätzlich beschlossen, dieser Forderung nachzugeben. Die Frage, zu welchem Zeitpunkt eine solche Maßnahme in Kraft treten soll, ist aber noch im Stadium anhängig. Die Neuregelung tritt am 20. August in Kraft.

## Erweiterung der

## Krankenversicherungspflicht.

Auch freie Berufe einbezogen.

Nach dem kürzlich Kabinettsbeschlusse ist das Reichsarbeitsministerium gegenwärtig mit der Ausarbeitung einer Verordnung beschäftigt, die sich auf die Krankenversicherung für die Ortskrankenkassenpflichtigen bezieht. Der Zweck der Verordnung ist, die Versicherungsgrenze für die Ortskrankenkassenpflichtigen zu erhöhen; ferner sollen auch Angehörige freier Berufe, die bisher nicht der Krankenversicherungspflicht unterliegen, in die Krankenversicherungspflicht einbezogen werden. Die Vorarbeiten für die neue Verordnung sind bereits so weit gediehen, daß die Festsetzung der Versicherungsgrenze innerhalb der nächsten Tage erfolgen dürfte. Darauf wird der endgültige Wortlaut der Verordnung festgelegt und veröffentlicht werden.

Zugang der deutschen Innungs-Krankenkassen.

Der Verband der deutschen Innungs-Krankenkassen hielt seine Verbandssitzung in Nürnberg ab. Der Geschäftsführer des Verbandes, Dr. Gehlisch-Samowder, sprach über die Frage der Nationalisierung der Krankenversicherung. Die Innungs-Krankenkassen hätten im allgemeinen 1 bis 2 Prozent billigere Beiträge als die Ortskrankenkassen und mindestens gleichwertige Leistungen aufzuweisen. Die Innungs-Krankenkassen stellen deshalb die Forderung auf eine gesunde Nationalisierung der reichsgesetzlichen Krankenversicherung, und zwar durch verlässliche Bindung.

## Nächtlige Luftkämpfe über London.

Ein großer Teil Londons zerstört.

Was es über Nacht London, so hat auch jetzt die englische Heeresverwaltung bei den Luftmännern, die zuletzt stattfanden, einen markierten Luftangriff auf London veranlassen lassen, um zu prüfen, ob die englische Hauptstadt durch ihre Verteidigungsmaßnahmen gegen solche Überfälle geschützt ist. Kriegsmächte haben der Angriff in sehr großer Höhe, und zwar in der Nacht fast 70 Bombenflugzeuge großer Art hatten die feindliche Luftflotte dar, während etwa die gleiche Anzahl von Kampfflugzeugen und natürlich die gesamte artilleristische Luftabwehr die Verteidigung zu führen hatte.

Genau wie bei den letzten Missionen erfolgte auch diesmal die Entschädigung der Geschädigten dahin, daß es dem Angreifer trotz großer Verluste durch die Luftabwehr gelungen ist, mit dem Nest der Bombenflieger die Artillerie und die Verteidigungsflieger zu überwinden und einen großen Teil ihrer Bomben auf wichtige Ziele der englischen Hauptstadt abzuladen. Auch jetzt wird die Regierung mit dem dahinterstehenden Ziel, für die Verstärkung der englischen Luftflotte zu wirken, viel Erfolg gehabt haben.